

VORBERICHT 2007

Zur Erstellung des Voranschlagsentwurfes:

Maßgebende gesetzliche Rahmenbedingungen für die Erstellung des Voranschlages 2007 (VA 07) stellen insbesondere das Finanzausgleichsgesetz 2005 und der österreichische Stabilitätspakt jeweils für den Zeitraum 2005 bis 2008 dar. Die zum letzten Finanzausgleich befürchteten Verluste für die Städte aus neuerlichen Umverteilungsmaßnahmen konnten weitgehend abgewehrt werden.

Der städtische Haushalt wird durch die jährlich anfallenden Transferleistungen an das Land Oberösterreich überproportional gefordert. Zum VA 07 fließt nahezu jeder zweite aus Ertragsanteilen vereinnahmte Euro in Form von Sozialtransferleistungen, Landesumlage, Krankenanstaltenbeitrag sowie Gastschul- und Schulerhaltungsbeiträgen wieder retour an das Land Oberösterreich; dabei übertreffen die Ausgabendynamiken die Einnahmensteigerungen deutlich.

Die extern vorgegebenen und intern angestrebten finanzpolitischen Zielsetzungen für den VA 07 sind ambitioniert gehalten und weisen ein positives Ergebnis der laufenden Gebarung, ein Investitionsvolumen auf dem hohen Niveau der Vorjahre sowie einen Maastricht-Überschuss aus.

Die Effektivitäts- und Effizienzbestrebungen der Stadt Linz mit der Konsequenz eines restriktiven Ausgabenmanagements und dem permanenten Erarbeiten von Einsparungspotenzialen haben die gesamte städtische Organisationsstruktur umfasst. Auf der Einnahmenseite wurden verstärkt Anstrengungen unternommen, bestehende Einnahmen zu erhalten bzw. zusätzliche Einnahmenquellen zu erschließen. Derart ist es gelungen, obige Zielsetzungen zu erreichen.

Das Ergebnis der laufenden Gebarung weist mit 2,4 Mio. € einen Überschuss aus. Die im städtischen Haushalt verbliebenen Investitionsausgaben belaufen sich auf 55,8 Mio. €. Das Maastricht-Ergebnis liegt mit einem geplanten Überschuss von 9,4 Mio. € deutlich über den Anforderungen. Beim Darlehensstand wird eine Erhöhung um 11 Mio. € erwartet.

Die Erstellung des Voranschlages für das Rechnungsjahr 2007 erfolgte nach dem im Statut für die Landeshauptstadt Linz und in der Haushaltsordnung vorgesehenen Verfahren unter Berücksichtigung der Vorgaben der VRV.

Die städtischen Dienststellen haben unter Zugrundelegung der von der FVV erarbeiteten Vorgabewerte ihre Vorschläge bis zum Ende der Mittelanmeldung per 15.9.2006 vorgelegt.

Die gemäß § 18 (2) und § 18 (3) der Haushaltsordnung durchgeführten Absprachen unter Einbeziehung der politischen Referenten brachte folgendes Ergebnis:

	laufende Gebarung	Vermögensgebarung	Finanztransaktionen
Einnahmen	437.502.000,--	58.103.500,--	90.499.800,--
Ausgaben	435.073.500,--	55.771.900,--	95.259.900,--
Überschuss	2.458.500,--	2.331.600,--	
Abgang			4.760.100,--

Zur Deckung des Zuschussbedarfes wurden 29 Mio. € Darlehensaufnahmen (Seite V – 20) veranschlagt. Nach Abzug der Rückzahlungen in Höhe von 17,9 Mio. € ergibt sich eine Erhöhung der Fremdmittelfinanzierung um 11,1 Mio. €. Der Saldo der laufenden Gebarung (=öffentliches Sparen) beträgt 2,4 Mio. €. Das nunmehr vorliegende Maastricht-Ergebnis zeigt einen Überschuss von 9,4 Mio. €.

Das so erzielte Ergebnis wurde von der Stadtkämmerei im vorliegenden Voranschlag zusammengefasst und wird dem Gemeinderat im Wege des Stadtsenates unter Beiziehung des Finanz-, Bildungs- und Bauausschusses mit dem Antrag auf Genehmigung vorgelegt.

Zur Budgetlage:

Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingen

Das WIFO geht in seiner Herbst-Prognose von 3,1% Wirtschaftswachstum für 2006 bzw. 2,5% für 2007 (jeweils BIP real) aus. Die derzeit gute Investitionskonjunktur wird auch 2007 noch spürbar sein. Die gegenwärtig real erzielbare Steigerung im Warenexport (10%), die als wichtigste Säule des Wirtschaftswachstums 2006 zu sehen ist, beruht u.a. auf Vorzieheffekten in Deutschland (durch die Anhebung der Mehrwertsteuer mit Beginn 2007). 2007 wird sich die Zunahme der Exporte auf real unter 7% abschwächen.

Für 2007 wird ein Zuwachs beim privaten Konsum um 2,1% erwartet. Diese Entwicklung bleibt jedoch hinter anderen Nachfragekomponenten zurück und wird mit einer nur mäßigen Steigerung der verfügbaren Haushalteinkommen trotz Beschäftigungszunahme begründet.

Die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen sinkt heuer um 11.000 auf rund 242.000. Neben den gesteigerten Schulungsaktivitäten zeigt die gute Konjunktur hier vermehrt positive Wirkung. Trotz nachlassendem Wirtschaftswachstum kann die Arbeitslosigkeit 2007 konstant gehalten werden. Die Arbeitslosenquote sinkt nach nationaler Berechnungsmethode heuer auf 6,9% und 2007 weiter auf 6,8%.

Trotz der Verteuerung der Energieträger und Rohstoffe halten sich die Effekte auf die Inflationsrate in Grenzen. Das WIFO rechnet für 2006 mit einer Inflationsrate von 1,6% und 2007 mit 1,7%. Die Konjunkturverbesserung wird sich preistreibend auswirken, die Effekte aus der Energieverteuerung werden 2007 abflachen.

Wegen teilweiser verzögerter Wirkungen der Steuerreform 2005 nahm heuer das Defizit des Staates von 1,5% des BIP im Vorjahr auf 1,6% zu. 2007 wird durch das Anspringen der Binnennachfrage der Fehlbetrag bei 1,3% des BIP erwartet.